



**Geschäftsführung
Ausschuss für Umwelt und Grün**

Frau Bültge-Oswald

Telefon: (0221) 221-23702

Fax : (0221)

E-Mail: barbara.bueltge-oswald@stadt-koeln.de

Datum: 25.01.2013

**Auszug
aus dem Entwurf der Niederschrift der Sitzung des Ausschusses
Umwelt und Grün vom 24.01.2013**

öffentlich

**B Vortrag "Grüngürtel: Impuls 2012" Prof. Aufmkolk, Nürnberg
zu B Grüngürtel: Impuls 2012
4300/2012**

Herr Professor Aufmkolk erläutert mittels eines PowerPoint-Vortrags die umfassenden Planungen zur zukünftigen Entwicklung des Äußeren Grüngürtels in Köln.

Die grünpolitischen Sprecher der Fraktionen danken Herrn Professor Aufmkolk für seine interessanten und spannenden Ausführungen und der Kölner Grünstiftung für die konstruktive Begleitung im Prozess.

RM Herr Bacher fragt, ob der Verwaltung bekannt sei, dass ein privater Investor das komplette Gelände um Fort VII gekauft habe. Wenn ja, bestehe die große Gefahr, dass ein Bruch verursacht werde, der den Bestrebungen, den Grüngürtel durchgängig zu machen, entgegenstehe.

RM Herr Kienitz hebt positiv hervor, dass der Entwicklungsprozess sehr breit angelegt worden sei und dieses Verfahren auszeichne. Dies könne eine vorbildhafte Funktion für viele Bereiche der Stadtverwaltung haben.

RM Herr Dr. Albach betont, es sei wichtig, dass der Grüngürtel nicht nur als etwas Linksrheinisches empfunden werde, sondern auch als etwas, das ganz Köln umfasse. Positiv sehe er, dass es neben dem Haushalt auch den Ausgleichshaushalt gebe, der das Ein oder Andere ermögliche. Einer der Schritte sei, auch das Planungsrecht an die zukünftigen Entwicklungen anzupassen. Herr Dr. Albach möchte wissen, wie die Verwaltung damit umgehe.

SE Herr Fischer fragt, warum landwirtschaftliche Flächen nicht in den Grüngürtel passten, im Gegensatz zu Asche- oder Tennisplätzen. Die Lösung des Portals zur Merheimer Heide begrüße er sehr. Zu Punkt 2 des Beschlussvorschlags äußert Herr

Fischer die Bitte, das Wort "grundsätzlich" zu streichen, da er dies als eine Einnengung der Handlungsempfehlung empfinde.

RM Frau Dr. Müller verweist auf den letzten Absatz auf Seite 4 der Vorlage und möchte wissen, ob es hinsichtlich der Finanzierung bereits konkrete Anträge auf Städtebauförderungsmittel oder andere Möglichkeiten der Förderung, z. B. EU-Mittel, gebe.

Herr Professor Aufmkolk wendet sich an Herrn Fischer und erläutert, man habe weit über 90 % der Flächen für die Landwirtschaft so belassen, wie sie seien. Hin und wieder brauche es aber auch Flächen, die der Bewegung der Menschen vorbehalten seien. Als Beispiel nennt er Rasenflächen, auf denen man lagern oder spielen könne.

Herr Kaune antwortet Herrn Bacher auf dessen Frage zu Fort VII, dass die Untere Denkmalbehörde für die Forts zuständig sei. Er werde dort eine Stellungnahme für den Ausschuss erbitten.

An Herrn Dr. Albach gewandt, führt er aus, es sei Aufgabe der Verwaltung, nach Beschluss der Vorlage, diese verbindlich zu gestalten und umzusetzen. Wie beim Landschaftsplan sei jede Einzelmaßnahme Gegenstand der politischen Beratungen.

Herrn Fischer entgegnet er, dass die Formulierung einer "grundsätzlichen" Handlungsempfehlung seines Erachtens eher die Möglichkeit von Ausnahmen biete. Er betrachte es als positiv, dass die Beschlussvorlage jetzt zunächst in die Bezirksvertretungen gehe und anschließend noch mal im Ausschuss Umwelt und Grün behandelt werde, bevor sie zur abschließenden Beschlussfassung in den Rat gehe. Somit können Änderungswünsche und Beschlussempfehlungen der vorberatenden Gremien noch im Ausschuss gewürdigt werden.

Hinsichtlich der Fördermittel informiert er, dass die Verwaltung daran arbeite.

RM Herr Bacher greift Punkt 4 des Beschlussvorschlags auf und betont, er halte es für wichtig, eine solche "Charta Äußerer Grüngürtel" zu beschließen. Dies binde noch stärker, als das Entwicklungskonzept als Solches. Allerdings könne sich die Charta auf den ersten Absatz und den letzten Satz beschränken. Die Absätze 2 und 3 seien Begründungen für eine Charta, die Selbstverständliches enthielten, was – unabhängig von einer Unterzeichnung – bereits vorhanden sei.

Nach kurzer Diskussion über das weitere Prozedere stellt die Ausschussvorsitzende die Verweisung der Verwaltungsvorlage in die nachfolgenden Gremien zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün verweist die Vorlage zur Anhörung in die nachfolgenden Gremien und bittet um Wiedervorlage.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.